



Solidarität heißt:

Der Mensch geht vor Profit

Info zum 1. Mai 2020 an die Mainzer Haushalte

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mainzerinnen und Mainzer,**

Der diesjährige 1. Mai wird der erste Tag der Arbeiterklasse seit 1945, an dem es keine Gewerkschaftskundgebungen gibt. Auch wir, das Internationale 1. Mai-Bündnis können durch die Corona-Krise zum ersten Mal seit 2013 keine Maidemonstration in Mainz organisieren. Stattdessen wollen wir mit diesem Mai-Info für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintreten.

KAPITAL BRAUCHT MENSCHLICHE ARBEIT

Die Corona-Krise ist im Begriff, eine Weltwirtschaftskrise auszulösen. Schon heute versuchen die Bosse,

ihre Folgen auf die Arbeiter abzuwälzen.

Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der ganzen Welt sind auf Kurzarbeit gesetzt. Andere sind gekündigt, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch.

Die Möglichkeit zur Kurzarbeit haben viele Großunternehmen zunächst gerne angenommen. Die Autobauer hatten zum Teil ohnehin viele unverkaufte PKW auf dem Hof stehen. Aber Kapital kann sich nicht alleine vermehren. Aller Digitalisierung, Robotern und Künstlicher Intelligenz zum Trotz: Profite entstehen letzten Endes nur aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Solidarisch gegen Corona

Die Corona- Pandemie ist eine reale Bedrohung, vor allem für die sogenannten Risikogruppen. Deshalb ist es gut, sich an die Empfehlungen der Experten zu halten - nicht nur, um sich selbst zu schützen, sondern auch aus Solidarität mit anderen. Wir befürworten den Kampf gegen Corona. Aber wir wenden uns ganz energisch gegen die Handhabung der Krise durch die herrschende Politik.

Deshalb sollen jetzt die Beschäftigten wieder in die Betriebe zurückgeholt werden. Während am Wochenende Kontaktreduzierung, soziale Distanz und der Verzicht auf Familienbesuch gepredigt werden, müssen unter der Woche viele Werktätige unter fragwürdigen hygienischen Bedingungen an ihren Arbeitsplätzen eng zusammenkommen.

WER DEN REICHEN NICHTS NIMMT, KANN DEN ARMEN NICHTS GEBEN

Die durch Corona angefachte Wirtschaftskrise trifft vor allem die kleinen Unternehmen. Viele kleine Selbstständige geraten durch sie in die Pleite. Ihre Marktanteile gehen an die großen, kapitalstarken Monopole. Damit beschleunigt die Krise einen Trend der letzten Jahre. Die Großkonzerne werden größer, die Banken mächtiger, die Reichen reicher.

Die Hauptsorge der Bundesregierung gilt aber den Konzernen und Großunternehmen. Für Großkonzerne sind 600 Milliarden Euro an „Rettungsgeldern“ vorgesehen, für den Rest der Gesellschaft (vor allem kleine und mittlere Unternehmen) lediglich 122 Milliarden. Wie beim Bankenrettungsschirm

2008 wird kaum etwas davon bei der werktätigen Bevölkerung ankommen.

Während die meisten Menschen sich Sorgen um ihre Zukunft machen, nutzen die Konzerne die Krise eifrig. So haben die deutschen Banken beispielsweise angekündigt, in den nächsten Jahren 3500 Filialen zu schließen.

Auf Grundlage eines Gesetzes, wonach von der Existenz bedrohten Mietern wegen Corona nicht gekündigt werden darf, haben adidas, H&M, Deichmann und Galeria Karstadt sofort versucht, ihre Mietzahlungen einzustellen.

Millionen Beschäftigte leben derweilen von Kurzarbeit, also mit einem Verlust von bis zu 40 Prozent ihres bisherigen Nettolohns. Insbesondere Minijobber sind vom sozialen Absturz bedroht. Zu Recht fordert der DGB die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80 Prozent und eine gesetzliche Regelung für das Aufstocken des Kurzarbeitergeldes durch die Unternehmen.

In von der Corona-Krise besonders betroffenen Bereichen wie der Gastronomie werden Mitarbeiter häufig ohne Lohnfortzahlung nach Hause geschickt.

Für diese Menschen gibt es kein Auffangnetz wie für die Großkonzerne.

Gegen eine Militarisierung der Gesellschaft.

Mit der Corona-Krise werden drastische Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens eingeführt. Sie mögen zum Teil notwendig sein. Aber diese Einschränkungen der Bürgerrechte können nur zeitlich begrenzt und durch das Parlament begründet sein. Mit Verweis auf einen angeblichen „Notstand“ reißt die Regierung immer mehr Macht an sich, während das Parlament zugleich entmachtet wird. Die Polizei kontrolliert in Mainz Verstöße gegen die Ausgehbeschränkungen sogar per Hubschrauber. Bundeswehrsoldaten werden auf einmal im Landesinnern eingesetzt. Eine Offenlegung von privaten Handydaten wird offen diskutiert. Das Versammlungsrecht ist faktisch aufgehoben, Demonstrationen wurden bereits brutal aufgelöst, obwohl dort alle Hygieneregeln eingehalten wurden. ***Schluss mit dem Missbrauch der Corona-Krise für die Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte!***

In Deutschland besitzt derzeit das 1% der Superreichen ebenso viel Vermögen wie 87 % der Bevölkerung. Das aktuelle Krisenmanagement der Regierung

wird dazu führen, dass am Ende der Krise die Reichen reicher und die Armen noch ärmer sein werden. Ein riesiges Konjunkturprogramm ist angekündigt, das vor allem aus den Steuern der abhängig Beschäftigten

finanziert werden soll. Für die Unternehmen sind dagegen Steuersenkungen geplant.

In Deutschland fehlt es an sozialen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Kindertagesstätten, weil angeblich kein Geld da ist. Für die Banken und Großkonzerne legt der Finanzminister jetzt mal eben mehr als eine halbe Billion Euro an Steuergeldern auf den Tisch. Corona zeigt, was in unserer Gesellschaft möglich wäre, wenn der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen würde.

SOLIDARITÄT MIT DEN WERKTÄTIGEN AN VORDERSTER FRONT

Wir sind solidarisch mit allen, die für die Grund- und Gesundheitsversorgung der Bevölkerung täglich ihre Haut riskieren: Beschäftigte im Gesundheitsbereich, bei Speditionen, Paketdiensten, der Müllabfuhr und in Supermärkten. Sie tun dies teilweise unter erbärmlichen Umständen, ohne ausreichende Schutzausrüstung, ohne Tariflohn, teilweise als Scheinselbstständige. Zur Zeit wird das Wort „Solidarität“ in den Medien arg strapaziert. Zugleich wird die Krise auch dafür genutzt, Mindestlöhne zu verweigern, Tarifverträge zu kündigen, Menschen zu Überstunden zu zwingen und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen.

Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, sich in dem eigenen Betrieb mit den Kolleginnen und Kollegen zusammenzuschließen und gegen den Abbau der Arbeitsrechte zu kämpfen. Die Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, die demokratischen und sozialen Rechte der werktätigen Bevölkerung in dieser Situation zu verteidigen. Die Bosse verhalten sich aktuell nicht wie die „Sozialpartner“, für die manche sie halten. Dass man auch in Zeiten von Corona nicht klein beigeben muss, sieht man in Frankreich, wo derzeit im Öffentlichen Dienst massiv gegen die arbeiterfeindlichen Notstandsgesetzgebungen gestreikt wird.

PROFITE PFLEGEN KEINE MENSCHEN

Mit am härtesten betroffen sind die Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitssystem, die direkt mit den Corona-Infizierten in Kontakt kommen. Sie werden einerseits als „Helden“ gefeiert und zugleich verheizt. Zunächst hieß es, das deutsche Gesundheitssystem sei auf die Corona-Krise gut vorbereitet. Jetzt werden Behandlungsbetten knapp, fehlt es an Behandlungsmaterial, an Masken und Schutzkleidung. Die Beschäftigten werden mit den Auswirkungen eines über Jahrzehnte unterfinanzierten, kaputtprivatisierten und nun überforderten Gesundheitssystem

allein gelassen. Krankenhäuser funktionieren nach einem Geschäftsmodell: Sie erhalten eine Pauschale pro Krankheitsfall und können so Profit machen, indem sie die Versorgungszeit des Patienten verkürzen und ihn „blutig entlassen“. Die Arbeitsüberlastung in den Krankenhäusern ist seit Einführung der „Fall-

pauschalen“ explodiert. Mit Beginn der Krise wurden die Personaluntergrenzen aufgehoben, die ohnehin schon dramatische Arbeitsüberlastung steigt, 12-Stunden-Schichten und Zwangsverpflichtungen drohen. Beschäftigte des Gesundheitssystems sollen „dienstverpflichtet“ werden.

Für die sofortige Aussetzung aller Sanktionen weltweit

Länder wie der Iran, Russland oder Venezuela sind von internationalen Sanktionen betroffen, die nicht erst unter den Bedingungen von Corona dazu führen, dass die Versorgungslage der Bevölkerung teilweise kritisch wird. Ein Land wie Kuba, das, obwohl selbst von der Epidemie betroffen, derzeit in 14 Länder Hilfsbrigaden entsandt hat, ist seit 60 Jahren von einer Blockade betroffen, die sogar Hilfslieferungen verhindert. Auch in der EU gibt es keine „Solidarität“: Italiens Hilfsersuchen um Schuldenerlass wurde abgelehnt, die Länder schließen die Grenzen. Die USA stehlen anderen NATO-Staaten versandfertige Schutzausrüstung noch auf dem Rollfeld. Es zeigt sich: Der weltweite Kapitalismus ist ein „Jeder gegen Jeden“. Die Flüchtlinge, die an den EU-Außengrenzen in Lagern wie auf Lesbos mit der Epidemie allein gelassen werden, sind dabei vielleicht die drastischste Beweis dafür, dass der Kapitalismus über Leichen geht.

SOLIDARITÄT IST DAS GEBOT DER STUNDE

Die Gewerkschaft ver.di hat zu Beginn der Corona-Krise ihre bereits eingeleiteten Arbeitsk Kampfmaßnahmen in Kliniken ausgesetzt, um keine Patienten zu gefährden. Wir versichern den Beschäftigten im Gesundheitsbereich jetzt schon unsere Solidarität, wenn sie nach der Corona-Krise wieder für die Verbesserungen in der Pflege kämpfen. Denn Solidarität meint mehr als ein aufmunterndes Schulterklopfen. Solidarität bedeutet, die Kolleginnen und Kollegen bei ihren berechtigten Kämpfen tatkräftig zu unterstützen. Wir teilen deshalb die ver.di-Forderung nach einer Anerkennungsprämie von monatlich 500 Euro für alle versorgungsrelevante Bereiche. Zugleich fordern wir die Freistellung der Kolleginnen und Kollegen in nicht dringend nötigen Bereichen bei voller Lohnfortzahlung!

Von den katastrophalen Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich sind alle anderen Werktätigen gleichermaßen betroffen. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen dringend Entlastung. Mehr von ihnen wäre besser für alle! Es gibt in Deutschland 120.000 Pflegekräfte, die es aufgrund der katastrophalen Bedingungen in ihrem Beruf nicht mehr ausge-

halten haben. Ein sinnvoller Einsatz des „Rettungspaketes“ wäre, diese Kolleginnen und Kollegen durch die Schaffung von akzeptablen Arbeitsbedingungen zurückzugewinnen.

Denn die Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsbereich leisten, ist für unsere Gesellschaft so ungleich viel wichtiger als alle Unternehmensberater, Spitzenmanager und Finanzjongleure zusammengenommen.

Deshalb solidarisieren wir uns zum diesjährigen 1. Mai mit allen Beschäftigten, die zu unserer Grundversorgung beitragen, insbesondere im Gesundheitsbereich. Die beste Solidarität ist dabei, sie bei ihren zukünftigen Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Hoch die Internationale Solidarität!

**Kontakt zum Mainzer Mai-Bündnis:
erster-mai@inmz.de
maidemo.noblogs.org**

Dass sich die einen mehr nehmen als die anderen, nennt man in diesen Tagen „hamstern“, und es ist verpönt. Dass sich die einen mehr nehmen als die anderen, nennt man sonst „Marktwirtschaft“, und es ist heilig. (Bernd Ulrich in der ZEIT)

UNSERE FORDERUNGEN!

Sicherstellung des Gesundheitsschutzes der Belegschaften!

*

Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 100% des vollen Lohnes!

*

Unentgeltliche Bereitstellung von Masken und Desinfektionsmitteln für die gesamte Bevölkerung!

*

Schluss mit der Privatisierung von Krankenhäusern! Für eine Vergesellschaftung der Gesundheitswesens!

*

Sofortige Halbierung des Rüstungshaushaltes und Verwendung der freiwerdenden Mittel für die Gesundheitsversorgung!

*

Ist das Euer „Dank“? 12-Stunden-Tag? 60-Stunden-Woche? Wir sagen NEIN!
Jetzt 30-Stunden-Woche! Mehr Personal! Höhere Löhne!

*

Weg mit den Fallpauschalen – Einführung einer gesetzlich verbindlichen Personalbemessung!

*

Sofortige Einführung einer Millionärssteuer zur Finanzierung des Ausbaus des Gesundheitssystems!

*

Schutz der Geflüchteten – Abschaffung der Sammellager – Sofortiger Abschiebestopp!

*

Abschaffung aller internationalen Sanktionen für alle von COVID-19 betroffenen Staaten – Weg mit der Blockade gegen Kuba!

*

Schluss mit der Militarisierung der Gesellschaft – Keine Bundeswehreinmärsche im Innern!

*

Nein zu den Notstandsplänen - Soziale und demokratische Rechte verteidigen!